Persönliche Kopie vom 04.05.2025 / Ruedi Rüttimann

«Wollen Sie stattdessen ein Atomkraftwerk in Ramsen?»

Mit dem Bau- und Energiegesetz kommen am 18. Mai zwei gewichtige Energievorlagen auf die kantonale Stimmbevölkerung zu. SVP-Kantonsrat Josef Würms und WWF-Geschäftsleiter Simon Furter lassen im Streitgespräch die wichtigsten Pro-und-Kontra-Argumente aufeinanderprallen.

Tobias Bolli

Am 18. Mai stimmt die Bevölkerung über das revidierte Bau- und über das Energiegesetz ab. Beide Gesetze wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien im Kanton fördern. Doch gehen sie mit ihren Bestimmungen zu weit? SVP-Kantonsrat Josef Würms beantwortet diese Frage zweimal dezidiert mit Ja. Er befürchtet bei einer Annahme des Baugesetzes eine Verletzung der Gemeindeautonomie – Windräder und Solaranlagen, die über die Köpfe der betroffenen Bürgerinnen und Bürger hinweg verordnet werden. Auch das Energiegesetz hält er über weite Strecken für unzumutbar und für einen zu starken Eingriff in die Eigentumsrechte. Völlig anderer Meinung ist Simon Furter, Geschäftsführer WWF Schaffhausen. Es müsse mit dem Zubau der Erneuerbaren endlich vorwärtsgehen – auch um die eigene Energieversorgung unabhängiger von dubiosen Staaten zu machen. Die Diskussion konzentriert sich im ersten Teil auf das Baugesetz, danach steht das Energiegesetz zur Debatte. Beide Gesetze sind themenverwandt und entstammen der gleichen politischen Diskussion, sie stehen aber separat zur Abstimmung.

Bereits heute kann der Kanton eigenmächtig Abfallversorgungszonen festlegen, die ziemlich unumstritten sind. Warum soll er diese Kompetenz nicht auch im Bereich der Energie haben, die mindestens ebenso wichtig ist wie der Umgang mit Abfall?

Josef Würms: Es gibt einen grossen Unterschied bei der Sichtbarkeit. Eine Entsorgungsstation fällt nicht in gleichem Masse auf, es ist einfach ein Gebäude vor Ort. Windräder, die auf dem Randen stehen, sieht man dagegen sofort. Auch grosse Solaranlagen auf öffentlichem Grund sind weit herum sichtbar. Und trotzdem sollen die Gemeinden nichts mehr dazu sagen dürfen. Das finde ich skandalös.

Simon Furter: Das Baugesetz würde eine Einschränkung der Gemeindeautonomie bedeuten, das schleckt keine Geiss weg. Ich weise aber darauf hin, dass es beispielsweise auch keine Autobahnen geben würde, wenn jede betroffene Gemeinde darüber hätte abstimmen müssen. Es gibt übergeordnete Interessen, die auf der entsprechenden Ebene gelöst werden müssen. Dazu gehört auch eine sichere und kostengünstige Energieversorgung. Mit der bisherigen Regelung kommen wir nicht vom Fleck, wie das der seit 2012 geplante Windpark Chroobach in Hemishofen verdeutlicht.

Würms: Was Ihnen nicht gefällt, ist der demokratische Weg. Es ist das gute Recht von Hemishofen, diesen Weg zu gehen. Bundesrat Rösti hat klar gesagt, es werde keinen Entscheid über Windräder von nationaler Bedeutung geben, ohne dass sich das Volk dazu äussern kann. Mit dem Artikel 5 im Baugesetz will der Kanton Schaffhausen den direkt betroffenen Stimmbürger umgehen und die direkt betroffenen Gemeinden entmachten. Das Gesetz bedeutet einen gefährlichen Demokratieabbau.

Furter: Es lässt sich weiterhin beim Obergericht und Bundesgericht Einspruch erheben. Zudem müssen sich Energiezonen am Richtplan des Kantons orientieren, der vom Kantonsrat abgenommen wurde und damit demokratisch legitimiert ist. Aber ja: Wenn sich jeder Einzelbürger gegen Dinge

> «Das Baugesetz will den direkt betroffenen Stimmbürger umgehen und die direkt betroffenen Gemeinden entmachten.»
>
> **Josef Würms**
> SVP-Kantonsrat

von kantonalem Interesse wehren könnte, dann werden wir unsere Ziele nie erreichen. Der Kanton Schaffhausen hat Ja gesagt zum Stromgesetz, auch die SVP Schaffhausen hat es befürwortet. Wir setzen mit dem Bau- und Energiegesetz lediglich lokal um, was wir auf nationaler Ebene beschlossen haben.

Würms: Der Kanton hat im Jahr 2020 eine Klimastrategie festgelegt und dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht. Demnach sollen zehn Prozent des Stroms mit Windenergie produziert werden. 2020 hätte das für den Kanton acht Windräder bedeutet. Wenn wir diese Strategie heute mit dem Datenzentrum in Beringen umsetzen, bräuchten wir sechzehn Windräder für das Kantonsgebiet. Selbst wenn wir sechs davon beim Chroobach platzieren könnten, blieben zehn weitere, die dem Klettgau aufgezwungen würden.

Herr Furter, Sie können doch nicht absprechen, dass solche Windräder auch Nachteile mit sich bringen. Sie verändern das Landschaftsbild mit ihrer Höhe von über 200 Metern massiv. Sie machen Rodungen nötig, töten Vögel …

Furter: Man muss sich fragen, welche andere Art der Energieerzeugung umweltverträglicher ist. Öl, Gas oder Uran halte ich für denkbar schlechte Alternativen. Und mit Sonnenenergie allein werden wir die Winterstromlücke nicht schliessen. Es geht darum, einen optimalen Energiemix bereitzustellen, und dazu gehört nun einmal die Windkraft. Klar, Windenergie macht einen gewissen Eingriff nötig und ist sichtbar. Ich denke aber auch, dass man sich mit der Zeit daran gewöhnt.

Würms: Herr Furter behauptet, Windräder seien eine Gewöhnungssache. Das kommt stark auf die Distanz an. Ist man fünf Kilometer oder weiter davon entfernt, stören sie nicht. Ganz anders sieht es bei einer geringeren Distanz aus, je näher die Windräder, desto mehr fühlen sich Menschen davon beeinträchtigt. Wenn man dann noch vom Schattenwurf der Rotoren betroffen ist, stören sie doppelt und eine Gewöhnung daran ist fast unmöglich.

Furter: Windräder kann man einfach zurückbauen, viel schneller als beispielsweise ein Atomkraftwerk, das mit seinem dampfenden Kühlturm auch nicht gerade ein Blickfang ist. Im Übrigen frage ich mich, warum Herr Würms trotz offenkundiger Abneigung gegenüber der Windkraft ein Postulat im Kantonsrat eingereicht hat, das zwei Standorte auf dem Randen als Zonen für Windenergie vorsehen will. Der Eindruck drängt sich auf, dass er damit vom Standort Chroobach – vor seiner Haustüre – ablenken will und den Widerstand gegen die Windkraft im ganzen Kanton erhöhen möchte.

Würms: Es geht bei diesem Postulat um die Energiestrategie des Regierungsrats und um die Frage, wie er die von ihm gewollte Windenergie erzeugen will. Es ist klar, dass der Standort Chroobach dafür nicht ausreichen würde. Eine Annahme des Baugesetzes würde deshalb zu Windrädern auf dem Randen führen. Noch dazu könnte die Regierung grosse Solaranlagen in die Gemeinden verpflanzen. Sie könnte unsere Strassenränder mit Solarpanels vollpflastern und die Gemeinden müssten das einfach akzeptieren.

Furter: Immerhin sollten Sie sich darüber freuen, dass wir mit dem Bau- und Energiegesetz unsere Abhängigkeit vom Ausland reduzieren können. Sollen wir unsere Energie stattdessen aus dem Ausland importieren? Das kann doch nicht im Sinne der SVP sein. Uran, Öl und Gas wächst nicht auf den Bäumen und stammt, wie wir wissen, teils aus sehr dubiosen Ländern.

Würms: Wir sind eingebunden in ein internationales Stromnetz und können deshalb gar nicht unabhängig sein. Wenn irgendwo ein Strommangel entsteht, kann sich dieser auch auf Schaffhausen auswirken.

Furter: Das Ziel ist nicht die totale Unabhängigkeit. Aber jeder Kanton hat die Verantwortung, zumindest seinen Energiebedarf selbst abzudecken.

Machen wir einen Schwenker zum

> «Sollen wir unsere Energie stattdessen aus dem Ausland importieren? Das kann doch nicht im Sinne der SVP sein.»
>
> **Simon Furter**
> Geschäftsleiter WWF Schaffhausen

Energiegesetz. Die Bürgerlichen haben die ursprüngliche Version im Parlament mit einigen Zusätzen abgeschwächt. So soll das Solarpotenzial auf Dachflächen nur «möglichst» genutzt werden oder ein Teil des Energiebedarfs lässt sich auch mit Massnahmen an der Gebäudehülle einsparen. Warum wehrt sich die SVP trotzdem weiter dagegen?

Würms: Was wir jetzt haben, ist ein bisschen besser als vorher, aber immer noch grottenschlecht. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Neubauten sollen das solare Potenzial möglichst nutzen. Nur definiert niemand, was man unter «Potenzial» zu verstehen hat. Es ist unklar, von welcher Dachseite die Rede ist und ob auch Teile der Fassade mit Solarpanels ausgestattet werden müssen. Der Regierungsrat soll das später selber in einer Verordnung festlegen können. Mein Vertrauen in ihn hält sich aber in Grenzen.

Furter: Im Artikel ist davon die Rede, dass «insbesondere» das Potenzial der Dachfläche genutzt werden soll. Diese besitzt mit Abstand das grösste Potenzial. Fassaden werden dagegen nicht erwähnt. Ich kann Ihre Sorge deshalb nicht nachvollziehen.

Würms: Ich habe bloss kein Vertrauen in den Regierungsrat, der den gegebenen Spielraum missbrauchen könnte. Was schon fest steht: Das Gesetz wird viele Landwirte treffen, die ihre Höfe etwas abseits der Siedlungen haben. Bei der Sanierung eines Gebäudes mit über 300 Quadratmetern Grundfläche würden sie zum Einbau einer Solaranlage gezwungen. Nur: Wie wird der Strom abgeführt? Wer bezahlt die Stromleitung des Landwirts? Das müsste er selber machen, und sie bis zum weit entfernten Verteilkasten führen. Eine solche Leitung kann wohlgemerkt teurer sein als die ganze Solaranlage.

Furter: Das Problem mit den Leitungskosten hat sich mit dem nationalen Stromgesetz meines Wissens erledigt. Laut Artikel im Energiegesetz wird zudem nur gefordert, was «technisch möglich» und was «wirtschaftlich tragbar» ist. Der Regierungsrat wird also nicht verlangen, dass ein Landwirt seinen Stall mit Solarpanels zupflastern muss, wenn das gar keinen Sinn ergibt oder für ihn eine grosse Belastung darstellen würde.

Würms: Das Problem ist, dass die Beweislast dann beim Landwirt liegt. Er muss darlegen, warum eine Solaranlage für ihn nicht tragbar ist. Das ist mühsam und setzt einen langen Prozess in Gang, es braucht ein Gutachten, ein zweites Gutachten und dann muss noch jemand im Kanton Schaffhausen eine Entscheidung fällen.

Furter: Es lohnt sich, den ganzen Artikel durchzulesen, der noch einen zweiten Passus enthält. Alternativ zum Bau einer Solaranlage lässt sich ein Teil des Energiebedarfs durch Effizienzmassnahmen am Gebäude einsparen. Man hat also mehrere Möglichkeiten, um die Vorgaben zu erfüllen.

Würms: Aber auch die zweite Möglichkeit verlangt als Bringschuld einen Beweis.

Furter: Schon heute muss man für den Erhalt einer Baubewilligung verschiedene Auflagen erfüllen. Es kämen dann einfach weitere Auflagen dazu. Ich sehe nicht, wo das Problem ist. Zur Solarpflicht bei Dachsanierungen muss man wissen: Es wären aufgrund der Beschränkung auf mindestens 300 Quadratmeter Gebäudefläche nur etwa 16 Prozent der Dächer in Schaffhausen betroffen. Auch das zeigt: Man ist auf die SVP zugegangen. Beim Gesetz handelt es sich um einen ausgewogenen, guten Kompromiss.

> «Jeder Kanton hat die Verantwortung, zumindest seinen Energiebedarf selbst abzudecken.»
>
> **Simon Furter**
> Geschäftsleiter WWF Schaffhausen

Herr Würms, gibt es Aspekte, die Ihnen am Energiegesetz zusagen?

Würms: Positiv finde ich, dass grosse Unternehmen, die viel Abwärme produzieren, diese in Zukunft auch nutzen müssen. Es kann nicht sein, dass riesige Energiemengen einfach verpuffen.

Furter: Schön, dass wir uns da einig sind. Es wurden die richtigen Schlüsse aus dem Fall Datenzentrum in Beringen gezogen. Nur leider würde diese Regelung nicht in Kraft treten, wenn wir das Gesetz ablehnen. Die Abwärmenutzung wäre dann weiterhin nur freiwillig.

Würms: Man hätte schrittweise über einzelne Aspekte befinden können, anstatt über alles auf einmal abzustimmen. Ein solches Vorgehen führt nicht zum Erfolg, sondern zu einem Scherbenhaufen. Ich will auf ein weiteres Haar in der Suppe hinweisen: Artikel 22. Bei einem Ersatz der Heizung müsste diese in Zukunft mit erneuerbarer Energie betrieben werden. Das ist unsinnig, da dann beispielsweise zwei verschiedene Stromzähler eingesetzt werden müssten, die noch dazu von irgend jemandem kontrolliert werden müssten. Und es könnte teurer werden, da die Hausbesitzer zwingend auf Strom aus Erneuerbaren zurückgreifen müssten.

Furter: Das Standardstromangebot, sowohl vom EKS als auch von SH Power, ist erneuerbar. Und es ist in der Regel nicht teurer als irgendein anderer Strommix. Weiterhin kann zudem ein anderes Stromprodukt gewählt werden – das haben Sie von der SVP ja in das Gesetz reingebracht – nur muss man sich neu aktiv darum bemühen. Das ist ein wenig wie bei der Organentnahme: Wenn man sich nicht dagegen wehrt, hat man ihr zugestimmt. Ich finde das nichts Verwerfliches, solange die Wahlfreiheit weiterhin besteht.

Herr Würms, was ist Ihre Energiestrategie für den Kanton Schaffhausen?

Furter: Das frage ich mich auch, ich sehe einfach keinen Plan bei der SVP. Sie wollen keine Windenergie und Sie wehren sich gegen Solaranlagen. Wollen Sie stattdessen ein Atomkraftwerk in Ramsen?

Würms: Ich bin der Meinung, dass wir übergeordnete Energiefragen nicht im Kanton Schaffhausen lösen können. Aber grundsätzlich geht es ja hier nicht um meine Strategie, sondern um das Baugesetz und das Energiegesetz, die wir aus den dargelegten Gründen beide ablehnen sollten.

> «Ich bin der Meinung, dass wir übergeordnete Energiefragen nicht im Kanton Schaffhausen lösen können.»
>
> **Josef Würms**
> SVP-Kantonsrat

Simon Furter (l.) und Josef Würms diskutierten engagiert und deutlich länger, als ursprünglich geplant.
Bild: Simona Lovallo

Simon Furter

Der ETH-Umweltingenieur ist Geschäftsleiter des WWF Schaffhausen und Mitglied der Kerngruppe der IG Energie SH. Er wohnt mit seiner Familie in der Stadt Schaffhausen und vertritt dort die EVP im Grossen Stadtrat.

Josef Würms

Er sitzt für die SVP im Kantonsrat, wo er mit einem Postulat die Überprüfung von Standorten auf dem Randen für Windräder angeregt hat.